

NACHRICHTEN

Wieder Nazi-Sprüche?

WIEN: Der neugewählte niederösterreichische FPÖ-Chef Ernest Windholz ist wegen der Verwendung eines nationalsozialistischen Spruches in die Kritik geraten. Windholz hatte am Sonntag bei einer Mitarbeiterfeier im Anschluss an seine Wahl zum Landespartei-SS-Motto «Unsere Ehre heisst Treue» zitiert. Der 40-jährige Politiker der rechtspopulistischen Freiheitlichen (FPÖ) rechtfertigte sich hinterher angesichts der Kritik, dass er den SS-Spruch nicht gekannt habe. «Ich bin 40 Jahre alt. Mir war der Spruch in diesem Zusammenhang unbekannt», sagte Windholz am Montag der österreichischen Nachrichtenagentur APA. Es tue ihm «persönlich leid», sollte sich jemand durch seinen Ausspruch betroffen fühlen. Die oppositionellen Sozialdemokraten (SPÖ) haben Windholz zum Rücktritt aufgefordert. Die FPÖ bildet gemeinsam mit der Volkspartei (ÖVP) von Bundeskanzler Wolfgang Schüssel die rechtskonservative österreichische Bundesregierung.

Lockerbie und der Iran

WASHINGTON: Der US-Nachrichtensender CBS hat nach eigenen Angaben stichhaltige Beweise, wonach Iran hinter dem Lockerbie-Attentat steckt. In seinem Programm «60 Minutes» berichtete der Sender am Sonntag, einer seiner Mitarbeiter habe kürzlich in der Türkei einen Iraner interviewt, der sich selbst als früheren Chef für terroristische Aktivitäten im iranischen Geheimdienst bezeichnet habe. Der Mann, Ahmed Behbahani, habe in dem Gespräch gesagt, dass er selbst das Bombenattentat auf die Maschine der US-Fluggesellschaft Pan Am dem Anführer einer von Syrien unterstützten bewaffneten Gruppe vorgeschlagen habe. Anschließend habe er eine Gruppe Libyer nach Iran gebracht, um sie in 90 Tagen für den Anschlag auszubilden. Laut CBS floh Behbahani vor vier Monaten in die Türkei, weil er Ärger mit Kollegen hatte und um sein Leben fürchten musste. Die türkischen Behörden hätten es dem CBS-Mitarbeiter nicht erlaubt, ein Aufnahmegerät zu dem Interview mit Behbahani mitzunehmen, berichtete der Sender. Der Exil-Iraner sitze inzwischen in der Türkei in Untersuchungshaft.

Hitzige Proteste gegen die OAS

WINDSOR: Mit einer Warnung vor dem Scheitern der Demokratie auf dem amerikanischen Kontinent hat am Sonntag die 30. Vollversammlung der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) im kanadischen Windsor begonnen. Viele Menschen seien skeptisch und enttäuscht, weil die Demokratie bisher nicht fähig gewesen sei, die sozialen Probleme zu lösen, sagte OAS-Generalsekretär César Gaviria. Die Fortschritte im Kampf gegen Armut und die ungerechte Einkommensverteilung seien gering. Ausserdem fehle es an Mitbestimmungsrechten. Ähnlich äusserte sich der kanadische Premierminister Jean Chrétien. Die Armut sei immer «ein mächtiger Feind der Freiheit» gewesen, sagte er vor den Vertretern der 34 aktiven OAS-Mitgliedstaaten.

Die OAS-Generalversammlung dauert bis Dienstag. Eines der wichtigsten Themen wird die umstrittene Wiederwahl der peruanischen Präsidenten Alberto Fujimori sein. Die Interamerikanische Menschenrechtskommission – ein Gremium der OAS – hatte kritisiert, die Umstände der Wahl stellten eine «klare Unterbrechung des demokratischen Prozesses in Peru» dar. Beobachter halten es für möglich, dass die Versammlung auch aufgrund dieser Stellungnahme Neuwahlen in Peru fordern könnte.



Verhärtete Fronten

Salomonen-Inseln: Premierminister wurde aus der Geiselhaft entlassen

SYDNEY: Knapp drei Wochen nach dem Putschversuch auf den Fidschi-Inseln haben Aufständische auch auf der benachbarten Inselgruppe der Salomonen wichtige Behörden besetzt.

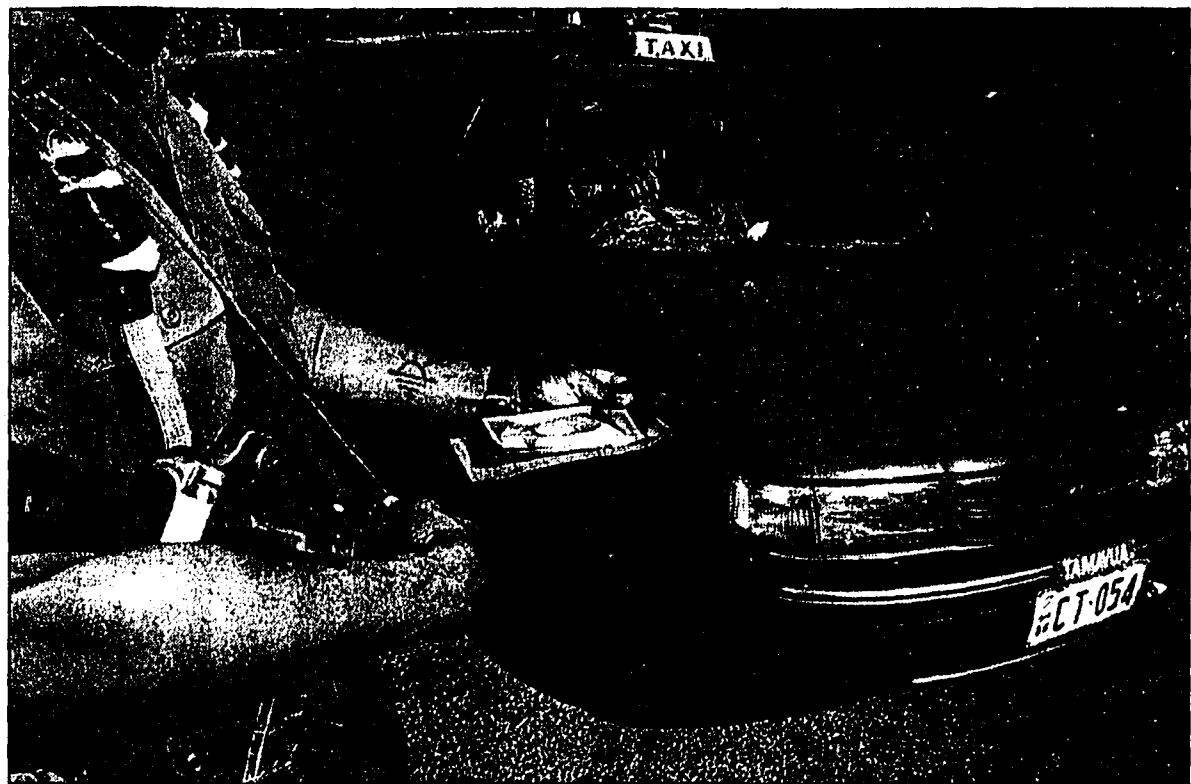
Der zunächst in Geiselhaft genommene Premierminister Bartholomew Ulufa'alu wurde nach Angaben des australischen Ausserminister Alexander Downer wieder freigelassen. Zuvor wurde der von den Putschisten geforderte Rücktritt des Premiers angekündigt. Die Regierung von Neuseeland verurteilte den Putschversuch.

Hintergrund des Umsturzversuches sind seit eineinhalb Jahren schwelende ethnische Konflikte zwischen der einheimischen Bevölkerung der Hauptinsel Guadalcanal und Zuwanderern von der Nachbarinsel Malaita über Landrechte. Vermittlungsbemühungen mehrerer ausländischer Politiker waren in der vergangenen Woche gescheitert.

Politischer Rivale

Der Anführer der Putschisten, der Anwalt Andrew Nori, sagte nach der Erstürmung des Büros des Regierungschefs im Radio, die Regierung sei «nicht in der Lage, die gegenwärtige nationale Krise zu lösen». Nori gilt als langjähriger politischer Rivale des Regierungschefs.

Die australische Nachrichtenagentur AAP berichtete unter Berufung auf diplomatische Kreise, Ulufa'alu werde am Dienstag zurücktreten. Die Telefonverbindungen zu dem Land etwa 1000 Ki-



Straßenkontrollen und Patrouillen prägen das Krisengebiet Fidschi-Inseln. Seit rund eineinhalb Jahren gibt es Auseinandersetzungen zwischen den MEF und der Miliz der ursprünglichen Einwohner. (Bild: Keystone)

lometer nordöstlich von Australien waren abgeschnitten, der Flughafen gesperrt. Die Rebellen, die erweisenmassen auch von von Teilen der Polizei unterstützt werden, gehören zu den «Malaita-Adlern» (MEF). Ihre Vorfahren waren im Zweiten Weltkrieg von der US-Armee von ihrer Heimatinsel Malaita als Hilfskräfte auf die Hauptinsel Guadalcanal geholt worden.

Miliz kämpft gegen die Bürger

Seit rund anderthalb Jahren gibt es Auseinandersetzungen zwischen den MEF und der Miliz der ursprünglichen Einwohner Guadal-

canals, der Isatabu-Friedensbewegung (IFM). Diese fordert, die Einwanderer und ihre Nachkommen nach Malaita zurückzuschicken. Bei den Gewalttaten sind etwa 60 Menschen getötet worden, Tausende geflüchtet.

Verhandlungen auf Fidschi festgefahren

Auf den Fidschi-Inseln sind die Gespräche zwischen Militärregierung und Geiselnern im Parlament am Montag in eine Sackgasse geraten. Militärführer Frank Bainimarama sagte in der Hauptstadt Suva, die Verhandlungen mit Putschis-

ten-Chef George Speight seien festgefahren. Die Militärregierung werde sich auf keine weiteren Forderungen Speights mehr einlassen. Dieser wies Bainimaramas Forderung zurück, die Waffen niederzulegen und seine 31 Geiseln endlich wieder freizulassen. Darunter ist auch der gewählte Ministerpräsidenten Mahendra Chaudhry.

Die Armee erklärte, sie stehe weiter zu ihrem seinerzeitigen Angebot, Speight und seinen engsten Gefolgsleuten im Gegenzug Amnestie zu gewähren. Speight hält sich seit dem 19. Mai mit seinen Geiseln im Parlament verschanzt.

Gespräche und Tod in Russland

Der Gipfel ist beendet - in Tschetschenien geht das Morden weiter

MOSKAU: Die Präsidenten Russlands und der USA, Wladimir Putin und Bill Clinton, haben ihr Gipfel-treffen am Montag mit einem letzten Gespräch im Kreml in Moskau beendet. Zuvor hatte Clinton in einer Rede vor dem Parlament Russland eine enge Zusammenarbeit in allen Bereichen angeboten.

Putin brach sofort nach dem dreitägigen Gipfeltreffen zu Gesprächen mit der italienischen Regierung nach Rom auf. Clinton wollte nach einem Zwischenstopp in der ukrainischen Hauptstadt Kiew am Montagnachmittag in die USA zurückkehren. Die beiden Staatschefs hatten am Sonntag weitere Konsultationen zur Fragen der strategischen Stabilität vereinbart. Moskau blieb jedoch bei seinem Nein zu den von Washington gewünschten Änderungen am ABM-Vertrag, der den US-Plänen zum Bau eines nationalen Raketenschutzschildes im Wege steht.

«USA wollen starkes Russland»

«Ein Erfolg Russlands bei der Modernisierung, Stärkung und Demokratisierung wird wesentlichen Einfluss auf das Schicksal der Menschen im 21. Jahrhundert haben», sagte Clinton vor den Abgeordneten der Duma und des Föderationsrates. Es war der erste Auftritt eines US-Präsidenten im russischen Parlament. Clinton sagte, die Amerikaner hätten lernen müssen, dass ihre Meinung nicht unbedingt richtig sei. Die Russen sollten sich von der Vorstellung lösen, dass Amerika ihnen übel wolle. «Die USA wollen ein starkes Russland.»

Der russische Kommunistenführer Gennadi Sjiganow und der Rechtsextremist Wladimir Schiri-



Während in Moskau verhandelt wird, gehen die Kämpfe in Tschetschenien mit unverminderter Härte weiter. (Bild: Keystone)

nowski kritisierten die Ansprüche des US-Präsidenten.

Und Tschetschenien?

Zu Beginn des neunten Monats des Tschetschenienkriegs hat Russland nach eigenen Angaben seine Luftangriffe auf die Rebellen in der Kaukasus-Republik verstärkt.

Wie zur Zeit der schwersten Kämpfe im Dezember und Januar würden bis zu 100 Einsätze am Tag geflogen, meldete die Nachrichtenagentur Interfax am Montag unter Berufung auf das Militär.

Kämpfe eskalieren

Ein russischer Sprecher aus dem Militärstützpunkt Mosdok an der Grenze zu Tschetschenien sagte der Nachrichtenagentur Reuters, die Militäroperation gehe weiter. Die Rebellen, die für die Unabhängigkeit der Kaukasus-Republik kämpfen, haben sich in die südlichen Berge zurückgezogen und führen von

dort aus einen Partisanenkrieg gegen die russische Armee. Die tschetschenischen Separatisten berichteten von russischen Luftangriffen auf Wedeno und Noschai-Jurt. Dabei seien auch Zivilisten getötet worden. Eine unabhängige Bestätigung dafür lag nicht vor. Russische Militärberichterstatter sprachen jedoch von einer Eskalation der Kämpfe.

Es seien auch Kampfhelikopter im Einsatz gewesen. Den Separatisten gelingt es immer wieder, russische Einheiten aus dem Hinterhalt zu beschliessen. Allein in der vergangenen Woche gab es nach russischen Angaben 27 Tote unter den Soldaten – eine entsetzliche Bilanz. Russland führt seit acht Monaten Krieg gegen die Separatisten in Tschetschenien. Die Kaukasus-Republik ist Teil der Russischen Föderation, hat sich aber 1991 für unabhängig erklärt. Dies wurde von Moskau nie anerkannt.

Pinocet nicht mehr immun

SANTIAGO: Ein chilenisches Gericht hat am Montag die Immunität des früheren Diktators Augusto Pinochet aufgehoben und damit eine wichtige Voraussetzung für eine Anklage gegen den 84-Jährigen geschaffen.

Die 22 Richter des Berufungsgerichts in der Hauptstadt Santiago de Chile bestätigten seit Wochen zirkulierende Gerüchte zum dem Entscheid. Allerdings ist der Weg bis zu einer möglichen Anklage des früheren Gewaltherrschers noch lang.

Zunächst steht Pinochet das Recht zu, gegen die Entscheidung des Berufungsgerichts den Obersten Gerichtshof anzurufen. Dies haben Pinochets Verteidiger bereits angekündigt.

Das Gericht hatte die Entscheidung gegen Pinochet zwar schon vor zwei Wochen gefällt, den Inhalt aber zunächst geheim halten wollen. Aus Justizkreisen war jedoch sofort durchgesickert, dass die Immunität aufgehoben werden solle. Deshalb sorgte die offizielle Mitteilung kaum noch für grösseres Aufsehen. Die Entscheidung fiel mit 13 gegen neun Richterstimmen.

Die Frage eines Prozesses gegen Pinochet spaltet Chile auch mehr als ein Vierteljahrhundert nach dem Militärputsch von 1973. Bis zum Ende der Diktatur 1990 wurden mehr als 3000 politische Gegner und Unbeteiligte von Militärs, Polizei und den Geheimdiensten zum Teil gefoltert und umgebracht.

Etwa 1200 Opfer gelten bis heute als vermisst. Zehntausenden Chilenen blieb nur die Flucht ins Exil. Die Angehörigen der Opfer fordern seit Jahren vergeblich Gerechtigkeit und Offenlegung.